

Resolution des Gewerkschaftstages der GEW zu L-EGO

Die Tarifautonomie ist eine tragende Säule unserer Demokratie. Die Tarifautonomie ist nur verwirklicht, wenn der Wert der Arbeit in freien Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern ausgehandelt und in Tarifverträgen geregelt wird. Staatliche Diktate - wie sie die TdL bei den Lehrkräften verordnet - verletzen die Tarifautonomie nachhaltig. Vor diesem Hintergrund fordert der Gewerkschaftstag der GEW die Mitglieder der TdL auf, ihre Blockadehaltung aufzugeben, endlich die 2006 und 2009 gegebenen Zusagen einzuhalten und ernsthaft mit der GEW über die tarifliche Eingruppierung angestellter Lehrkräfte an Schulen und Hochschulen zu verhandeln.

Die GEW tritt für das Prinzip gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit bei gleichwertiger Ausbildung ein. Das Einkommen, das für die Lebensführung erzielt wird, muss unabhängig vom Status des Beschäftigten gleich sein.

Die GEW verurteilt den Versuch der TdL, mit ihrem Schreiben vom 7. Mai 2013 an den ver.di Vorsitzenden diesen zur Entsolidarisierung mit der GEW aufzufordern. Die Forderung der TdL, im geltenden Tarifvertrag nicht geregelte Sachverhalte unter Friedenspflicht zu stellen, ist ein schwerer Angriff auf die Tarifautonomie. Auch der Ruf der TdL nach „Erhalt des Flächentarifvertrages“ ist angesichts der vielen von ihr selbst im TV-L immer wieder geforderten Öffnungen für landesspezifische Regelungen und ihrer ultimativen Forderung, die Eingruppierung der angestellten Lehrkräfte weiterhin zwingend an die landesrechtlich geregelte Besoldung der entsprechenden Beamten zu koppeln, ungläubwürdig. Die TdL hat seit 2006 die Verhandlungen zu einer Entgeltordnung für die Lehrkräfte gerade unter Hinweis auf die Uneinheitlichkeit der landesspezifischen Regelungen blockiert und behauptet, diese stünden einer einheitlichen Regelung entgegen.

Die GEW begrüßt, dass sich alle demokratischen Parteien in Deutschland ausdrücklich zur Tarifautonomie bekennen.

Die GEW kritisiert aber nachdrücklich, dass alle Parteien von ihren Positionen abrücken, sobald sie durch demokratische Wahlen als Landesregierungen Arbeitgeberverantwortung tragen. In dieser Hinsicht ist kein Unterschied zwischen den Parteien zu beobachten.

Die Bereitschaft, konstruktiv über einen Tarifvertrag zur Lehrkräfte-Entgeltordnung zu verhandeln, hat sich durch den Wechsel der politischen Mehrheiten in den Ländern in den letzten beiden Jahren nicht verbessert. Die Mehrheit der tarifzuständigen Finanzminister wird aktuell von SPD, Grünen und Linken gestellt, die keinerlei Alternative zur bisherigen Politik erkennen lassen. So werden nicht nur grundlegende Arbeitnehmerrechte weiterhin außer Kraft gesetzt, sondern obendrein Hoffnungen auf demokratischen Wandel in der Politik zunichte gemacht.

Die GEW appelliert an die Landesregierungen als Arbeitgeber der Lehrkräfte in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder als Zusammenschluss dieser Landesregierungen, sich zu ihrer Verantwortung als Arbeitgeber bzw. Arbeitgeberverband zu bekennen und im öffentlichen Dienst für alle Beschäftigten gleiche tarifliche Standards zu verwirklichen.